



Presseerklärung

Sofortiges Verbot der faschistischen Partei „Die Rechte“ und ihrer Aufmärsche! Harte Bestrafung der Faschisten für Angriffe auf Antifaschisten!

Die MLPD verurteilt die faschistischen Demonstrationen und Kundgebungen der Partei „Die Rechte“ in der letzten Zeit. Seit Ende September terrorisieren Faschisten von „Die Rechte“ bei verschiedenen Demonstrationen die Dortmunder Bevölkerung wieder verstärkt. Unbehelligt durch die Dortmunder Polizei können sie mit Parolen „Wer Deutschland liebt, ist Antisemit!“ ihre faschistische und rassistische Hetze in Dortmund verbreiten und Bengalofeuer entzünden. Danach lässt Landesinnenminister Reul (CDU) in skandalöser Weise verbreiten, dass diese Parolen wohl von der „Meinungsfreiheit gedeckt“ seien. Am Mittwoch, den 27. September stellen sich **500 Demonstranten auf einer Gegenkundgebung unter der Parole „Wir sind mehr“ den Nazis entgegen** und zeigen damit, dass Dortmund antifaschistisch ist. Seither werden mehr und mehr Antifaschisten durch die Faschisten terrorisiert. Am Tag der Deutschen Einheit terrorisieren sie die Dortmunder Nordstadt und gehen mit Feuerlöschern gegen antifaschistische Gegendemonstrationen und die Polizei vor.

Wir fordern von der Dortmunder Polizei Aufmärsche der faschistischen Partei „Die Rechte“ zu verbieten! Nach Artikel 139 Grundgesetz und dem Potsdamer Abkommen ist die „Nationalsozialistische Partei“ und alle Nachfolgeorganisationen zu verbieten und gegen ihre Propaganda muss vorgegangen werden.

Wir kritisieren das Vorgehen der Dortmunder Polizei, die immer wieder der Partei „Die Rechte“ in Dortmund ihre Demonstrationen genehmigt und auch dann nicht eingreift, wenn eindeutig faschistisch und rassistische Parolen gerufen werden. Und Innenminister Reul gibt ihnen danach noch einen Freibrief dafür. Diese Politik gleicht der Verharmlosung der faschistischen Aufmärsche in Chemnitz durch den sächsischen Ministerpräsidenten. Er erklärte, dass es dort angeblich „keinen braunen Mob“ gab, obwohl Faschisten reihenweise den Hitlergruß zeigten und Jagd auf ausländisch aussehende Menschen gemacht wurde. Das wurde dann durch den Verfassungsschutzpräsidenten Maaßen und Innenminister Seehofer gedeckt. All dies ist Bestandteil einer Rechtsentwicklung der Bundes- und Landesregierungen, die auf massiven Widerstand und Kritik aus der Bevölkerung stößt. Diese Rechtsentwicklung soll jetzt noch weiter verschärft werden. Das neue Polizeigesetz in NRW soll der Polizei bei bloßen Vermutungen einer „drohenden Gefahr“ ermöglichen, Menschen für Wochen als sogenannten „Gefährder“ wegzusperren, was sich insbesondere gegen Organisatoren von Massenprotesten, Arbeiterstreiks und Demonstrationen sowie fortschrittliche und revolutionäre Organisationen richtet.

Wir rufen deshalb alle Dortmunder*innen auf am **Samstag, den 6.10.2018 gegen das neue Polizeigesetz in NRW auf die Straße** zu gehen und dies mit antifaschistischen Forderungen nach dem Verbot aller faschistischen Organisationen, ihrer Propaganda und Aufmärsche zu verbinden! Protest ist angesagt gegen das neue Polizeigesetz in NRW, aber auch gegen die Verharmlosung und Förderung der Nazis durch einen Teile der Polizei – denn sie ist Bestandteil der Rechtsentwicklung der Regierung! Treffpunkt der Demonstration, die von einer breiten Aktionseinheit von Parteien, Jugendverbänden, Fußballfanclubs, Gewerkschaftsjugend... organisiert wird, ist **11 Uhr an der Reinoldikirche in Dortmund**.

Anschließend gibt es in Gelsenkirchen eine sehr interessante und einzigartige Veranstaltung zum Bergarbeiterstreik 1997 in Deutschland, in der auch die führende Beteiligung der Bergarbeiterbewegung gegen das Aufkommen des Faschismus in Deutschland beleuchtet wird! Beginn 16 Uhr an und in der „Horster Mitte“, Schmalhorststraße 1c, Gelsenkirchen-Horst.